



#dieschmidt

der newsletter

27.09.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein Pflegefall in der Familie stellt Angehörige oft vor schwierige Herausforderungen – neben Arbeit und Kindererziehung müssen pflegebedürftige Eltern oder Kinder versorgt und unterstützt werden. Hinzu kommt die finanzielle Belastung – insbesondere wenn die Pflegebedürftigen den Eigenanteil nicht aus eigener Tasche stemmen können. Dann muss oft die Familie einspringen und Unterhalt leisten. Pflegenden Angehörigen verdienen Respekt und unsere Unterstützung. Darum hat Bundessozialminister Hubertus Heil heute das **Angehörigen-Entlastungsgesetz** in den Bundestag eingebracht. Damit entlasten wir diejenigen, deren Kinder oder Eltern auf Sozialhilfe angewiesen und pflegebedürftig sind: In Zukunft sollen sie erst ab einem Einkommen von 100.000 Euro brutto für die Pflege ihrer Angehörigen aufkommen müssen – in der gesamten Sozialhilfe. Bisher galt diese Regelung nur beim Bezug der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Mit diesem Gesetz nehmen wir vielen Menschen Ängste – Angst davor ihrer Familie zur Last zu fallen, Angst davor für die Pflege der Eltern aufkommen zu müssen. Wie ich in meiner Rede heute ([hier als Video und Redeprotokoll](#)) hervorgehoben habe machen wir damit rund 275.000 Familien in Deutschland das Leben leichter. [...weiterlesen](#)

Wie ich heute in einer weiteren Rede ([hier als Video und Redeprotokoll](#)) hervorgehoben habe, leben wir in Zeiten, in denen sich auf der einen Seite die Arbeitswelt wandelt und auf der anderen Seite viele Unternehmen nach Fachkräften suchen. Eine Herausforderung, auf die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Anfang 2019 in unserem [Sozialstaatspapier](#) Antworten gegeben haben – und auf die wir im Rahmen der Großen Koalition reagiert haben.

Auch beim Klimaschutz handeln wir jetzt: Nach hartem Ringen und zähen Verhandlungen mit CDU/CSU ist klar, dass wir die Klimaziele 2030 und 2050 erreichen wollen – und werden. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei klar: Der Umbau zu einer klimaneutralen Gesellschaft kann nur durch eine starke Gemeinschaft und einen sehr starken handlungsfähigen Staat gelingen. Mein Kollege Dr. Matthias Miersch hat das Paket mitverhandelt – und gestern im Bundestag gut auf den Punkt gebracht, worum es geht ([hier](#)). [...weiterlesen](#)

Am Dienstag habe ich mich mit Alexander Schmidt vom THW Dillenburg getroffen, der zur Veranstaltung „MdB trifft THW“ nach Berlin gereist war. Außerdem habe ich mich mit Gästen aus dem Wahlkreis getroffen, die Montagnachmittag angereist waren und Dienstag bereits einen langen und hoffentlich interessanten Tag in Berlin hatten. Wir haben uns viel ausgetauscht – unter anderem darüber, warum gerechte Steuern und Klimaschutz zusammen gehören. Wenn die, die mehr haben auch mehr Steuern zahlen, profitieren wir alle davon: Die Kommunen haben ausreichend Geld für gute Straßen, gebührenfreie Kitas und einen kostenlosen Bus für alle.



Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Bessere Löhne in der Pflege

Gesetz eingebracht



Wer krank oder pflegebedürftig wird, muss gut versorgt sein. Pflege kann nur dann gut sein, wenn die Pflegerinnen und Pfleger ihre Arbeit gut schaffen können. Dafür brauchen wir ausreichend qualifiziertes Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsbelastungen in der Pflege sind hoch - körperlich und psychisch. Der Lohn ist dagegen oft zu niedrig. Der aktuelle Zustand in der Pflege kann so nicht bleiben: Zeitdruck, schwere Arbeit, fehlendes Personal – das geht an den Pflegenden nicht spurlos vorbei. Pflegerinnen und Pfleger müssen die Wertschätzung erhalten, die sie für ihre harte Arbeit und große

Verantwortung verdienen. Und zwar nicht nur in Form warmer Worte, sondern mit guten Arbeitsbedingungen und besseren Löhnen – am besten durch Tarifverträge! Deswegen hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil gestern Mittag das Pflegegehälterverbesserungsgesetz in den Bundestag eingebracht. [...weiterlesen](#)

Reform der Hebammenausbildung

Gestern verabschiedet



Hebammen und Entbindungspfleger helfen bei einem guten Start ins Leben und leisten eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Die Versorgungslage für Frauen, die ein Kind erwarten, ist in Deutschland jedoch teilweise katastrophal. Geburtsstationen in Krankenhäusern schließen, Hebammen und Entbindungspfleger werden dringend gesucht, um Frauen vor, während und nach der Geburt angemessen zu betreuen. Gleichzeitig wird unser Gesundheitssystem immer komplexer und die Anforderungen an medizinische Berufe immer höher. Darum haben wir gestern die Reform der Hebammenausbildung

beschlossen. [...weiterlesen](#)

Freundschaft stärken

Zwischen Deutschland und Frankreich



Frankreich und Deutschland verbindet eine außergewöhnliche Partnerschaft. Der Elysée-Vertrag von 1963 war der Ausgangspunkt für die Entwicklung der deutsch-französischen Freundschaft nach dem Zweiten Weltkrieg – und für den dauerhaften Frieden in Europa. Am 22. Januar 2019 haben Angela Merkel und Emmanuel Macron den Vertrag von Aachen unterzeichnet und damit den Elysée-Vertrag mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft neu aufgestellt. Der Bundestag hat den Vertrag von Aachen gestern ratifiziert und die Grundlage für eine weitere Vertiefung und Intensivierung der Deutsch-Französischen

Zusammenarbeit gebaut: Für ein starkes und handlungsfähiges Europa. Für gemeinsame Verantwortung für Frieden und eine regelbasierte Ordnung in der Welt. Für ein stärkeres Zusammenwachsen von Grenzregionen.

[...weiterlesen](#)

Aus dem Wahlkreis



Mit Pizza+Politik biete ich jungen Menschen einen Rahmen, sich mit ihrer Bundestagsabgeordneten und Gleichgesinnten über die politischen Fragen auszutauschen, die sie interessieren. Am 18. September haben wir uns wieder zu Pizza im August-Bebel-Haus in Wetzlar getroffen und einen interessanten Austausch unter anderem über Klimapolitik und den Ausbau der Öffentlichen Personennahverkehrs gehabt ([hier geht es zur](#)

[Pressemitteilung](#)). Außerdem habe ich die Beratungsstelle Hand & Ohr in Herborn besucht und mich darüber informiert, welchen Herausforderungen gehörlose und hörgeschädigte Menschen gegenüber stehen ([hier geht es zur Pressemitteilung](#)).

In dem Gespräch ist wieder einmal klar geworden, wie wichtig es ist, dass wir Beratungsangebote und Zuständigkeiten bündeln. Denn oft greifen die verschiedenen und guten Beratungsangebote nicht ineinander und die Menschen fühlen sich im Stich gelassen. Wir brauchen eine vorgelagerte Beratungsstelle, die weiß, welche Unterstützung es wo für wen gibt.

